



Informationen zur Ratssitzung vom 27. Januar 2016

In einem mit zusätzlich 20 Zuhörer/Innen gefüllten Bürgerhaus begrüßte Bürgermeister Knauß den Gemeinderat zur ersten Ratssitzung im neuen Jahr. Auf der Tagesordnung standen Themen wie die Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds, Nachwahlen zu den Ausschüssen, Dorferneuerung, Überlassung von Grundstücken der Ortsgemeinde Neuburg an die Verbandsgemeinde Hagenbach zur Unterbringung von Flüchtlingen, Herstellung eines Lkw-Wendeplatzes im Derrück, sowie die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für den Rosenmontagsumzug.

Das große Interesse, welches viele Gäste zum Zuhören der Sitzung in den Saal brachte, war natürlich das Thema „Flüchtlingsunterkünfte in Neuburg“, was Bürgermeister Knauß auch gleich in seiner Begrüßung vermutete.

Nachdem keine Einwände zur Niederschrift der Ratssitzung vom Dezember 2015 erhoben wurden, stand die Verpflichtung von Steffen Bucher (SPD) als Ratsmitglied an, der für Thorsten Pfirmann (SPD) nachrückt, weil dieser sein Mandat aus persönlichen Gründen niederlegte. Da Thorsten Pfirmann auch im Finanzausschuss tätig war, wurde in einer Nachwahl Norbert Pfirmann (SPD) zu seinem Nachfolger im Ausschuss gewählt.

Tagesordnungspunkt 5 befasste sich mit der „Dorferneuerung“. Bereits im Jahr 2012 wurde in Neuburg ein Dorferneuerungskonzept angestoßen, zu Beginn noch in Form einer Dorfmoderation. Nach mehreren Arbeitskreissitzungen und Gesprächen zwischen Planern, der Ortsgemeinde und der Verwaltung nahm der Gemeinderat das jetzt vorgelegte vorläufige Konzept an. Für Ralf Weisenburger (FWG) ist es ein „Masterplan zur Weiterentwicklung unseres Dorfes, in dem viel Herzblut“ stecke und der von allen Fraktionen mitgetragen werde.

Es gibt nicht für alle Vorhaben Zuschüsse, manche müssen auch längerfristig geplant werden, deshalb legte der Rat eine Prioritätenliste fest. An erster Stelle, da noch in diesem Jahr umsetzbar, steht die Anlage eines Dorfrundweges, auch von Arnika Eck (SPD) und Doris Schwarz (CDU) so vorgeschlagen. Für dieses Jahr soll das Umgestalten des Rathausplatzes vorrangig angegangen werden, denn hier waren sich alle einig, dass diese Fläche dringend aufgewertet werden müsse.

Melanie Kantz, zuständig im Bauamt der Verbandsgemeinde Hagenbach, ergänzte, dass für die Umsetzung der Vorhaben im Zuge der Dorferneuerung selbstverständlich Gelder beantragt werden können. Wie letztendlich entschieden wird bei der Verteilung der Gelder, darüber sollte man nicht zu viel Hoffnung haben für Neuburg, da auch viele andere Kommunen Zuschuss-Anträge gestellt haben.

In einer Einwohnerversammlung am 2. März 2016 werden die Bürger/Innen über die weiteren Schritte der Dorferneuerung informiert.

Als nächstes Thema rief Bürgermeister Knauß die „Überlassung von Grundstücken der Ortsgemeinde Neuburg an die Verbandsgemeinde Hagenbach zur Unterbringung von Flüchtlingen“ auf. Neuburg ist gehalten, Plätze zur Aufstellung von Containern für die Flüchtlingsunterbringung vorzuschlagen. Nach jetzigem Stand werden der Ortsgemeinde Neuburg 24% der Flüchtlinge zugewiesen, die die Verbandsgemeinde Hagenbach wiederum vom Kreis zugewiesen bekommt. Die Anzahl der zugewiesenen Personen richtet sich jeweils nach der Einwohnerzahl der Gemeinden innerhalb der Verbandsgemeinde bzw. des Kreises.



Zum Jahresende waren in der VG Hagenbach ca. 130 Flüchtlinge untergebracht. Davon wiederum hätte Neuburg, entsprechend seinem Anteil, ca. 30 Personen unterbringen müssen. In Neuburg sind im Moment lediglich 15 Personen untergebracht, so dass Neuburg schon jetzt ca. weitere 15 Personen im Soll ist. Es wird davon ausgegangen, dass im Laufe des Jahres der VG vom Kreis weitere ca. 200 Personen zugewiesen werden. Davon hätte Neuburg wiederum ca. 50 aufzunehmen. Es wird im Jahr 2016 also Wohnraum für zusammen ca. 65 Personen gesucht. Sollte es keine andere Wohnmöglichkeiten geben, würden Wohncontainer aufgestellt.

Eine solche Wohncontaineranlage wird ebenerdig aufgebaut. Sie umfasst wenigstens 6 Wohncontainer, wozu 4 Wohncontainer für jeweils 4 Personen und ein Küchen- und ein Sanitärcontainer gehören. Je nach Platzangebot könnten weitere Wohncontainer hinzukommen, die Gesamtzahl der Bewohner pro Platz soll aber 30 Personen nicht überschreiten.

Zur Prüfung auf Eignung als Stellplatz wurden einige Grundstücke ausgewählt, jedoch ist bei vielen klar, dass es keine kurzfristige Möglichkeit gibt, um dort Container zu stellen. Eventuell eignen sich die freie Fläche im Derrück beim Fußballclubhaus, eine Fläche in der Wörthelache zwischen Feuerwehr und Jugendtreff, oder auch das freie Bahngelände am Bahnhof. Jochen Winter (CDU) plädierte für eine Vertagung des Themas, zumal in einem anderen Tagesordnungspunkt ein LKW-Wendehammer im Derrück zur Beratung stehe, der den Platz der möglichen Container benötigt. Zudem verwies er auf die Möglichkeit einer Bürgerbefragung, bevor die Aufstellung von Wohncontainern beschlossen wird. Auch Dr. Klaus Hessert (FWG) meinte, man solle vor einer Containersiedlung nochmals alle Energie in die Suche nach privatem Wohnraum investieren, da genügend Häuser und Wohnungen im Ort leer ständen.

An Alle gerichtet wies Frau Kantz deutlich darauf hin, dass die Zeit zu einem Entschluss drängt, denn es könnten eher noch mehr Flüchtlinge auf die Verbandsgemeinde verteilt werden. Wie groß das Interesse am Thema ist, so Alexander Frank (SPD), zeigt ihm die Anzahl der Zuhörer/Innen im Saal. Er wünsche sich aber auch, dass mehr Interesse an anderen Themen des Ortes bestünde, wenn es eben nicht nur um Belange geht, die Einen persönlich betreffen.

Volker Reinhard (SPD) hob die Favorisierung einer Erschließung des Bahngeländes hervor, das nach einer Erstprüfung wegen Lärms eher nicht für eine Wohncontainer-Aufstellung geeignet sei, aber aufgrund der Situation zu einer Sondergenehmigung führen kann. Und dort könnten sich dann eines Tages auch Firmen ansiedeln.

Diese Lösung schloss Bürgermeister Knauß zusammenfassend nicht aus. Man könne aber auch Bauplätze anmieten. Wichtig sei, dass man schnell zu einer Lösung finde, denn der Bedarf besteht jetzt und lässt sich nicht durch Vertagung auf andere Sitzungen lösen. Aus seiner Sicht wäre eine Lösung ohne Wohncontainer, mit einer Unterbringung in Häusern und Wohnungen zu bevorzugen.

In einem parteiübergreifenden Antrag stellte Dr. Hessert darauf zur Abstimmung (gekürzte Version):

1. Der Ortsbürgermeister wird beauftragt mit Eigentümern zur Bereitstellung/Vermietung von Wohnraum zum Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen zu verhandeln.



2. Scheitern diese Verhandlungen und eine Wohncontaineraufstellung wird unumgänglich, ist der Ortsgemeinderat einverstanden, Gelände zur Verfügung zu stellen.

3. Der Gemeinderat befürwortet die Verfügungstellung von Gelände in der Reihenfolge

- a) Gewerbegebiet Bahn,
- b) Fläche neben dem Fußballclubhaus,
- c) Gelände zwischen Jugendtreff und Feuerwehr.

4. Nach weiteren geeigneten Geländen, auch privat, soll weiter gesucht werden.

Diese 4 Punkte wurden einzeln abgestimmt und bei diversen Enthaltungen und Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Nachfolgend wurde der Rechenschaftsbericht 2015 besprochen, der zwar ein Kassenplus aufweist, aber keine Hoffnung auf große Investitionen schürte. Eine Entlastung der Verwaltung für diesen Bericht wurde durch die Versammlung erteilt.

Für den Rosenmontagsumzug entschied der Ortsgemeinderat, einen privaten Sicherheitsdienst mit der Überwachung des Umzugs zu beauftragen. Bürgermeister Knauß riet, sich den Vorgaben der Ordnungsverwaltung der Verbandsgemeinde zu beugen, die acht Sicherheitskräfte für erforderlich halten. Zusätzlich werden noch mehr Mitglieder des DRK wie bisher während des Umzugs bereitstehen und auch das Ordnungsamt wird vor Ort unterwegs sein. „Ich will auch selbst das ganze Geschehen mitverfolgen“, so Knauß. Auf die Frage, wann denn der Rathausplatz nach Umzugsende geräumt werde, antwortete er, dass es keinen konkreten Endpunkt gebe, es werde nach Lage der Dinge vor Ort entschieden, wie früh oder spät das Feiern beendet werde.

Ralf Schöppenthau (FWG) fragte, warum die Gemeinde die geschätzten Kosten von 576 Euro bezahlen müsse. Darauf antwortete Beigeordneter Dieter Hutzler (CDU): „Da wir als Gemeinde den Umzug ausrichten, müssen wir auch für die Sicherheit der Mitwirkenden und Besucher sorgen, dazu bekamen wir von der Ordnungsverwaltung ein ganzes Bündel auf Auflagen.“ Er, genauso wie Hermann Knauß, würde es bedauern, wenn auch in Neuburg der Umzug, ein lange gepflegter Brauch, nicht mehr stattfinden würde, weil niemand mehr die Verantwortung dafür übernehmen will.

Im nächsten Tagesordnungspunkt wurde beschlossen, dass die Ortsgemeinde im Bereich der Grabengasse 1 einen Behindertenparkplatz ausweisen wird. Den Anstoß dazu gab eine Anfrage einer Grundstückseigentümerin. Sie benötigt beim Ein- und Aussteigen ihres behinderten Sohns mehr Platz, als in der eigenen Garage vorhanden ist. Da vor dem Grundstück oft alle Parkflächen belegt seien, müsse sie weiter vom Grundstück entfernt parken. Der dann längere Weg zum Haus sei mühsam. Da die Restbreite der Straße noch ausreiche, wenn ein Behindertenparkplatz ausgewiesen wird, stimmte der Rat für den besonderen Parkplatz.

Im Anschluss an aktuelle Informationen des Bürgermeisters hatten die Zuhörer/Innen die Gelegenheit, Fragen an den Rat zu stellen. Hierbei zeigte sich, dass es fast ausschließlich nur um das Thema „Flüchtlingsunterbringung“ ging.

Aufgrund der Wichtigkeit des Themas wurden wesentlich mehr als üblich Einwohnerfragen und sogar Erklärungen und Meinungsäußerungen der Einwohner zugelassen, obwohl dies die Gemeindeordnung nicht vorsieht und eine Ablehnung der Fragen hätte nach sich ziehen können.



Alle Fragen wurden trotzdem so umfassend wie möglich beantwortet. Bürgermeister Knauß betonte auch, dass er jederzeit, auch außerhalb der Sprechstunden im Rathaus, für Fragen zum Thema, zur Verfügung steht.

Zum Abschluss des öffentlichen Teils der Ratssitzung gab der Bürgermeister noch bekannt, dass am 2. März eine Einwohnerversammlung stattfindet und die nächste Ratssitzung auf den 9. März datiert wird. Nach diesen Termin-Nennungen verabschiedete er die Zuhörer/Innen und überreichte Doris Schwarz einen Blumenstrauß, da dies ihre letzte Ratssitzung war. 32 Jahre war sie für die CDU im Gemeinderat aktiv und legt nun ihr Mandat nieder, da berufliche Verpflichtungen mehr ihrer Aufmerksamkeit bedürfen. Für Doris Schwarz rückt Karl-Rudolf Weisenburger (CDU) in den Rat nach.



Ortsbürgermeister Hermann Knauß und Doris Schwarz.